



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
L 21

Kiel, 5. März 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*90. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 4. März 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm eine kurze Information der Justizministerin über die **Besetzung des Amtes des stellvertretenden Präsidenten am Obergerverwaltungsgericht** auf Antrag des Abg. Dr. Breyer, Umdruck 18/4096, entgegen. Es schloss sich eine Aussprache an. Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags um die Prüfung der im Rahmen der Beratungen aufgeworfenen Fragen bis zu ihrer nächsten Sitzung zu bitten und den Tagesordnungspunkt dann erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa berichtete außerdem über den **Brand in der JVA Neumünster am 3. März 2015**.

Die Ausschussmitglieder beschäftigten sich mit den im Rahmen des **Aktenvorlagebegehrens nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung: Geiselnahme in der JVA Lübeck**, Umdruck 18/3992, vorgelegten Akten der Landesregierung und dem durch die Landesregierung geäußerten Wunsch nach deren Einstufung. Einstimmig beschlossen die Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung, die Aktenteile der von der Landesregierung übersandten Akten zur Geiselnahme in der JVA Lübeck, die nicht ausdrücklich ausgenommen oder bereits als VS-NfD eingestuft sind, entsprechend § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags insgesamt vertraulich zu behandeln und gemäß § 13 der Geheimschutzordnung geheim zu halten. Auf Antrag wird die Geheimhaltung einzelner Aktenteile in Absprache mit der Landesregierung nachträglich aufgehoben, wenn sich erweist, dass eine Geheimhaltung nach den Regelungen der Datenschutz- und der Geheimschutzordnung nicht erforderlich ist. Hierüber wird der Ausschuss in seiner Sitzung am 25. März 2015 beraten. Die Landesregierung bittet um möglichst frühzeitige Mitteilung, zu welchen Aktenteilen nachträglich über ihre Freigabe in dieser Sitzung beraten werden soll. Der Ausschuss bat außerdem die Landesregierung, die Frist für die Einsichtnahme für alle Akten bis zum 25. März 2015 zu verlängern. Dieser Bitte hat das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa bereits in der Sitzung zugestimmt.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Antrag der Fraktionen von PIRATEN und CDU, **Anonyme Spurensicherung ermöglichen**, Drucksache 18/605 (neu), dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Regierungsfaktionen, Drucksache 18/664, und weiteren im Rahmen der Ausschussberatung vorgelegten Änderungsanträgen aus den Fraktionen ab. Bei Enthaltung der FDP schloss er sich mit den Stimmen der übrigen Ausschussmitglieder dem bereits abgegebenen Votum des federführenden Sozialausschusses an den Landtag an.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung des Landesbeamtengesetzes**, Drucksache 18/2494 (neu) - 2. Fassung, fort. Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, ihre Beratungen in ihrer nächsten Sitzung in der kommenden Woche fortzusetzen und nahmen in Aussicht, in dieser Sitzung eine Empfehlung an den Landtag für das März-Plenum abzugeben.

Er beschloss ebenfalls einstimmig, auch seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Aufhebung der Altersbegrenzung für Bürgermeister und Landräte**, Drucksache 18/1550, und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen in seiner Sitzung in der kommenden Woche fortzusetzen und abzuschließen. Auch diese Vorlage soll für das März-Plenum angemeldet werden.

Den Tagesordnungspunkt betreffend Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein**, Drucksache 18/2234, setzte der Ausschuss vor dem Hintergrund noch bestehenden Beratungsbedarfs von der Tagesordnung ab.

Schluss: 15:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder